

Maßnahmeplan des Ministers für Staatssicherheit zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten oppositioneller Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989

Nachdem Wahlbeobachter bei den Kommunalwahlen 1989 eindeutig Manipulationen nachweisen konnten, forderten sie die Regierung zu einer Stellungnahme auf. Die Staatssicherheit versuchte derartige Kritik zu unterdrücken.

Am 7. Mai 1989 waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgerufen, anlässlich der Kommunalwahlen den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben. Wie immer stand nur diese eine Liste zur Auswahl. Mit "Ja" zu stimmen, bedeutete, den Stimmzettel zu falten und in die Wahlurne einzuwerfen. Für ein "Nein" musste jeder einzelne Kandidat in den obligatorisch aufgebauten Wahlkabinen sauber waagerecht durchgestrichen werden. Andere Kenntlichmachungen führten zu einer ungültigen Stimmenabgabe. Im Volksmund wurden die Wahlen daher auch als "Zettelfalten" bezeichnet.

Schon bei den vorangegangenen Volkskammerwahlen waren Vorwürfe der Wahlfälschung über westliche Medien erstmals öffentlich geworden. Anfang 1989 riefen verschiedene Gruppen von Oppositionellen zum Wahlboykott auf, forderten freie Wahlen und die Beobachtung der Stimmenauszählung. Letztere war nach § 37 (1) des DDR-Wahlgesetzes öffentlich und auch nach der Verfassung der DDR nicht verboten.

Trotzdem war angesichts der Erfahrung früherer Repressalien, auch durch die Stasi, die Teilnahme daran ein mutiger Schritt. Doch auch diese Aussichten konnten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nicht davon abhalten, extra spät zur Wahl zu gehen oder gegen 18:00 Uhr erneut die Wahllokale aufzusuchen, um die Auszählung zu beobachten. Landesweit fanden in etwa 1.000 Wahllokalen die Stimmenauszählungen unter ihrer Teilnahme statt.

Die Auswertungen der Wahlbeobachter belegten, dass Fälschungen durchgeführt wurden: Das durch den Vorsitzenden der Wahlkommission, Egon Krenz, bekanntgegebene Ergebnis von einer Wahlbeteiligung von 99 Prozent und einem Anteil von Gegenstimmen bei ca. 1 Prozent deckte sich in keiner Weise mit denen der Beobachter bei den Stimmenauszählungen.

Die Wahlbeobachter forderten die Regierung zu einer Stellungnahme auf, doch die staatlichen Stellen ignorierten ihre Beschwerden. Aufgabe der Stasi war es, die in der Öffentlichkeit immer lauter werdende Kritik zu unterdrücken.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8886, Bl. 1-5

Metadaten

Diensteinheit: Minister für
Staatssicherheit

Datum: 19.5.1989
Überlieferungsform: Dokument

Maßnahmeplan des Ministers für Staatssicherheit zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten oppositioneller Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989

103590

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

Berlin, 19. 5. 1989

Original lt. Auftrag
an Staatsanwalt Jäger
Hüh
23.05.89

Vertrauliche Vordrucke
VVS-0000
MIS-Nr. 38184
SSO-Ausf. Bl. 1

BStU
000001

Dienststeinheiten
Leiter

Maßnahmen zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989

In Fortsetzung langfristig vorbereiteter und teilweise realisierter Störaktionen gegen die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 unternehmen gegenwärtig personelle Zusammenschlüsse, Gruppierungen und Gruppen, insbesondere in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie auch in Leipzig, Dresden und Potsdam provokatorische Handlungen zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen.

Auf der Grundlage von am Wahltag durchgeführten sogenannten flächen-deckenden "Kontrollen" bzw. der "Überwachung" der Wahlhandlung und der Stimmenausszählung in Wahllokalen beabsichtigen innere Feinde den "Nachweis" einer angeblichen Fälschung von Wahlergebnissen in ausgewählten Wahlbezirken zu führen. Dabei ist ein stabsmäßig organisiertes und koordiniertes Vorgehen feindlicher, oppositioneller Kräfte und ihr abgestimmtes Zusammenwirken mit den in Westberlin agierenden Feinden der DDR, JAHN und HIRSCH, sowie mit in der DDR akkreditierten Korrespondenten zu erkennen.

So konnten bereits folgende Aktivitäten festgestellt werden:

- Öffentliche Verbreitung einer sogenannten "Öffentlichen Stellungnahme zu den Kommunalwahlen 1989", unterzeichnet von 18 sogenannten kirchlichen Basisgruppen überwiegend aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie eines "Einspruchs gegen die Gültigkeit der Kommunalwahlen 1989 in Berlin", gerichtet an den Nationalrat der Nationalen Front der DDR. Diese "Öffentliche Stellungnahme ...", initiiert durch solche hinlänglich bekannten Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit und reaktionäre kirchliche Amtsträger wie Werner FISCHER, Ulrike POPPE und Frank-Herbert MIBLITZ sowie die Pfarrer SIMON (Zionskirchengemeinde) und SCHNEIDER (Elisabethkirchengemeinde), soll an sogenannte kirchliche Basisgruppen in der DDR und an Vertreter westlicher Massenmedien sowie an staatliche Organe und gesellschaftliche Einrichtungen in der DDR übergeben werden.

Maßnahmeplan des Ministers für Staatssicherheit zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten oppositioneller Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989

2

BStU
000002

- Vorsprachen von namentlich bekannten reaktionären kirchlichen Amtsträgern und anderen kirchlichen Kräften bei Oberbürgermeistern und Stellvertretern der Oberbürgermeister für Inneres bzw. Übersenden von an diese Funktionäre gerichteter Briefe durch den genannten Personenkreis.
- Postalischer Versand von durch Mitglieder sogenannter kirchlicher Basisgruppen verfaßten "Kontrollberichte" über angebliche Wahlmanipulationen in der Hauptstadt der DDR und in Potsdam an politisch negative Personen in der DDR.

Des weiteren ist beabsichtigt, vor allem durch den operativ bekannten Pfarrer EPPELMANN und seinen Umgangskreis, durch Mitglieder der "Initiative Frieden und Menschenrechte" sowie der "Umweltbibliothek" und durch weitere feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte, Anzeigen beim Generalstaatsanwalt der DDR zu erstatten bzw. Eingaben an den Staatsrat der DDR sowie an den Nationalrat der Nationalen Front der DDR bzw. an örtliche Organe zu versenden.

Zur wirksamen Zurückweisung bzw. Unterbindung der festgestellten bzw. beabsichtigten provokativen rechtswidrigen Handlungen wurde zentral folgende Verfahrensweise festgelegt:

1. Wird festgestellt, daß Personen die Ergebnisse der Kommunalwahlen in der Öffentlichkeit herabwürdigen, sind entsprechende Prüfungshandlungen einzuleiten.
Im Falle der Bestätigung einer Täterschaft ist in Abhängigkeit von der Persönlichkeit, den Beweggründen und der konkret verfolgten Zielstellung über das weitere Vorgehen zu entscheiden.
Die Einleitung strafprozessualer Maßnahmen ist dabei auf einen engen, offen feindlich handelnden Personenkreis zu beschränken, der in schwerwiegender Weise die strafrechtlichen Bestimmungen verletzt hat.
2. Sachlich gehaltene Eingaben, andere Schreiben oder Erklärungen zum Wahlergebnis an staatliche Organe sind den zuständigen örtlichen Wahlkommissionen zu übergeben.
Die Sekretäre der Wahlkommissionen werden wie folgt antworten:

"Die Wahlkommission hat anhand der von den Wahlvorständen entsprechend § 39 Absatz 1 des Wahlgesetzes exakt gefertigten Niederschriften die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen geprüft, das Wahlergebnis festgestellt und veröffentlicht.
Dem ist nichts hinzuzufügen."

Auf jeden Fall ist zu vermeiden, daß zur Sache selbst oder zu den angeblichen Fakten argumentiert wird.
Schreiben, die vorher den westlichen Medien übermittelt worden sind, werden nicht bearbeitet.

Maßnahmeplan des Ministers für Staatssicherheit zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten oppositioneller Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989

3

VVS MfS 0008-38/89

BStU
000003

3. Sachliche Anfragen von Bürgern, die sich auf das Wahlergebnis beziehen oder die Vorschläge für künftige Veränderungen des Wahlverfahrens unterbreiten, sind durch die zuständigen örtlichen Räte entgegenzunehmen und in individuellen Gesprächen direkt zu behandeln.

4. Anzeigen, die nach § 211 Strafgesetzbuch erstattet werden, sind ohne Kommentar entgegenzunehmen.
Nach Ablauf der vorgesehenen Fristen für die Anzeigenbearbeitung ist von den jeweils zuständigen Organen zu antworten, daß keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen.
Außerdem ist auf die offizielle Verlautbarung über die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zu verweisen.

Beschwerden gegen die getroffenen Entscheidungen sind gemäß § 91 StPO zu bearbeiten und abschlägig zu entscheiden.

Zur konsequenten Verwirklichung dieser zentralen Festlegungen sind folgende politisch-operative Aufgaben zu lösen:

1. Die Leiter aller operativen Dienstseinheiten haben zu sichern, daß die gründliche operative Durchdringung feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Personenkreise vor allem mit dem Ziel erfolgt, weitere beabsichtigte Aktivitäten zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen rechtzeitig zu erkennen und vorbeugend zu verhindern.
Bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen sind operative Personenkontrollen durchzuführen bzw. diese Personen in Operativen Vorgängen zu bearbeiten.

Im politisch-operativen Zusammenwirken mit den anderen staatlichen Organen und Einrichtungen ist darauf Einfluß zu nehmen, daß
 - in Verwirklichung der zentral getroffenen Festlegung alle sachlich gehaltenen Eingaben, anderen Schreiben oder Erklärungen zum Wahlergebnis an die Sekretäre der Wahlkommissionen bzw. an die örtlichen Räte übergeben werden,
 - den zuständigen Dienstseinheiten des MfS alle Informationen zu Personen und Sachverhalten übermittelt werden, die im Zusammenhang mit der Realisierung der zentralen Festlegungen bekannt werden und von sicherheitspolitischer Bedeutung sind.
2. Bei Feststellung von Personen gemäß Ziffer 1 der zentralen Festlegungen sind durch die Leiter der zuständigen Dienstseinheiten Vorschläge zur weiteren Bearbeitung mit der Hauptabteilung XX und der Hauptabteilung IX abzustimmen.
Sofern die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens geprüft wird, ist durch die Hauptabteilung IX bzw. die Abteilung IX der zuständigen Bezirksverwaltung eine gründliche strafrechtliche Einschätzung des vorliegenden Materials vorzunehmen.

Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens hat nur nach Zustimmung des Leiters der Hauptabteilung IX zu erfolgen.

Maßnahmeplan des Ministers für Staatssicherheit zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten oppositioneller Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989

4

BStU
000004

3. Der Leiter der Hauptabteilung XX bzw. die Leiter der zuständigen operativen Dienstseinheiten haben darauf Einfluß zu nehmen, daß durch den Staatssekretär für Kirchenfragen bzw. durch die Stellvertreter der Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise für Inneres und die Kirchenreferenten der örtlichen Räte provokative Aktivitäten kirchenleitender Amtsträger bzw. im kirchlichen Bereich tätiger Personen zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in geeigneter Form zurückgewiesen werden. Dabei ist zu vermeiden, daß zur Sache selbst oder zu den angegebenen Fakten argumentiert wird.
Eine Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen ist in den Gesprächen nicht zuzulassen.
Es ist darauf hinzuwirken, daß die in diesem Zusammenhang erforderlichen Auseinandersetzungen nicht zur Belastung des Staat-Kirche-Verhältnisses führen.

Sachlich gehaltene Eingaben, Schreiben oder Erklärungen sind ebenfalls an die Sekretäre der Wahlkommissionen bzw. an die örtlichen Räte zu übergeben.

4. Durch zweckmäßige politisch-operative Maßnahmen ist der Versand von Materialien, die geeignet sind, die Ergebnisse der Kommunalwahlen zu diskreditieren, zu unterbinden.
Dazu sind durch die Leiter der zuständigen Dienstseinheiten Entscheidungen über die Einbehaltung bzw. die differenzierte Weiterleitung zu treffen.
Geeignete politisch-operative Maßnahmen sind einzuleiten zur Unterbindung des Aus- bzw. Einschleusens derartiger Materialien.

5. Die Leiter aller operativen Dienstseinheiten haben zu sichern, daß über bekanntwerdende Pläne, Absichten und Maßnahmen zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen sowie über die eingeleiteten politisch-operativen Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung derartiger Aktivitäten die Hauptabteilung XX unverzüglich informiert wird.
Informationen über operativ besonders bedeutsame derartige Pläne, Absichten und Maßnahmen sind mir sofort zu übermitteln.

6. Die Leiter der zuständigen Hauptabteilungen/selbständiger Abteilungen sowie der Bezirksverwaltungen haben zu sichern, daß die Leiter der staatlichen Organe und Einrichtungen in geeigneter Weise über die von ihnen bei der Durchsetzung der zentral getroffenen Festlegungen zu lösenden Aufgaben mündlich informiert werden.

7. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen haben die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen bzw. Kreisleitungen der SED über den wesentlichen Inhalt der zentral getroffenen Festlegungen mündlich zu informieren.

Maßnahmeplan des Ministers für Staatssicherheit zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten oppositioneller Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989

